

FREIE FAHRT FÜR'S RAD



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

UNS GEHT'S UMS GANZE

Radfahren

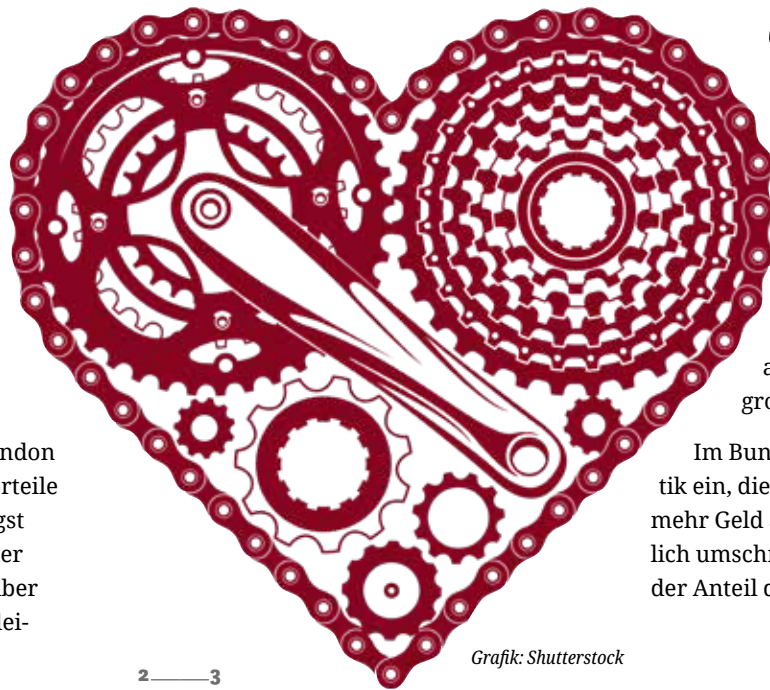
Immer mehr Menschen nutzen das wendige, sparsame Verkehrsmittel. Längst vorbei sind die Zeiten, als man Rad fuhr, weil ein Auto zu teuer war. Heute gehört es für viele zum modernen Lebensstil. Städterinnen und Städter lassen ihr Auto bewusst stehen oder verzichten ganz darauf, denn sie wissen die Vorzüge des Radfahrens zu schätzen.

Man kommt oft schneller und preiswert ans Ziel, spart sich Stau und Parkplatzsuche. Obendrein tut man was für die Gesundheit. Bewegung an der frischen Luft beugt Krankheiten vor, stärkt Muskeln wie Kreislauf und macht gute Laune. Wer mit dem Rad zur Arbeit fährt, ist durchschnittlich drei Tage weniger im Jahr krank.

Dazu kommt: Radverkehr verursacht weder Luftverschmutzung noch Lärmbelastung. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen: Wollen wir die Klimakrise bewältigen, die Luftver-

schmutzung und den Lärm in unseren Städten reduzieren, muss der Verkehr der Zukunft leise, sauber und abgasfrei sein. Radverkehr ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Weltstädte wie Paris, London und Berlin haben die Vorteile des Fahrradfahrens längst erkannt. Sie setzen immer mehr auf Radverkehr. Aber auch in mittleren und klei-



Grafik: Shutterstock

liegt im Trend.

nen Städten, auf den Dörfern und auf dem Land gilt: Mehr Radverkehr bedeutet nicht nur höhere Lebensqualität, sondern ist auch ein wichtiger Baustein im intelligenten Verkehrsmix. Auf gut ausgebauten Radwegen in Kombination mit gutem ÖPNV kommt man von der Region in die Stadt, von zu Hause zur Arbeit besser und schneller voran als mit dem Auto. In der Stadt wie auf dem Land erschließt das Fahrrad auch das große Potenzial des sanften Radtourismus.

Im Bundestag setzen wir Grüne uns für eine Verkehrspolitik ein, die das Fahrradfahren fördert. Dafür muss der Bund mehr Geld ausgeben und die Verkehrsgesetze fahrradfreundlich umschreiben. Wir setzen ein klares Ziel: Bis 2030 soll sich der Anteil des Radverkehrs verdoppeln.



4 von 10

Autofahrten in der Stadt sind kürzer als 5 Kilometer – eine ideale Distanz für das Fahrrad.

Quelle: Mobilität in Deutschland 2017

Bitte recht fahrradfreundlich!

Dem Radverkehr gehört die Zukunft. Doch um dieses Potenzial auszuschöpfen, ist noch einiges zu tun. Schlechte Radwege und ein gefährliches Verkehrsklima machen vielen Radfahrerinnen und Radfahrern zu schaffen. Das wollen wir ändern. Zentral ist eine attraktive Radinfrastruktur vom Land bis in die Stadt, die das sorglose Radfahren für jeden ermöglicht.

Damit Städte die Verkehrswende vorantreiben und Fahrradfahren attraktiver machen können, kommt es auf drei Dinge an: neue fahrradfreundliche Straßenverkehrsgesetze, mehr Platz für den Radverkehr und nicht zuletzt ausreichend Geld für Radinfrastruktur.

Von einer guten Radinfrastruktur und modernen Verkehrsregeln profitieren alle. Denn der Verkehr insgesamt entzerrt sich, es gibt weniger Staus. Sind die Regeln zeitgemäß, werden sie eher akzeptiert, Konflikte auf den Straßen nehmen ab. Wo heute Parkraum für Autos ist, könnten morgen Radwege, Fußwege, Parks oder Spielplätze sein. Im Schnitt steht ein Auto 23 Stunden pro Tag am Straßenrand, dieser Platz ließe sich besser nutzen.

DAS *A und O*: **RADWEGE**

Gute Radwege sind das A und O, damit Radfahren attraktiv ist. Wo sie fehlen oder vernachlässigt sind, kann es gefährlich werden. Nicht selten ähneln Radwege einem Hindernisparcours: voller Löcher, holprig durch Baumwurzeln, zu schmal und zugeparkt, oder sie enden unvermittelt auf der Straße oder dem Bürgersteig.

Die Grundvoraussetzung für flüssigen, sicheren Radverkehr sind Radwege, auf denen Sieben- wie Siebzjährige gefahrlos und ohne Furcht unterwegs sein können. Städte brauchen daher mehr Möglichkeiten, um den Radverkehr zu fördern. Bisher schränken die



Foto: Picture-Alliance / Gora

rechtlichen Regelungen sie eher dabei ein. Es muss für Kommunen einfacher werden, dem Fahrrad mehr Raum zu geben: zum Beispiel eine Fahrradstraße anzulegen oder ein Fahrradviertel zu schaffen oder einen geschützten Radweg entlang einer Straße zu bauen, auch wenn dafür ein Fahrstreifen wegfällt. Wir Grüne im Bundestag fordern die Bundesregierung und die Regierungskoalition auf, die Straßenverkehrsordnung und die Straßengesetze entsprechend zu ändern. Für Radschnellwege und Radwege an Bundesstraßen muss der Bund ausreichend Geld zur Verfügung stellen und Länder wie Kommunen beim Bau unterstützen. Wir Grüne im Bundestag fordern dafür eine Verdreifachung der Mittel im Bundeshaushalt auf über 400 Millionen Euro pro Jahr.

Weitere 150 Millionen Euro soll der Bund zur Förderung von Fuß- und Radverkehr in Städten zur Verfügung stellen. Auch der Umbau von Kreuzungen soll damit finanziert werden, damit Sicherheit Vorfahrt hat.

SICHERHEIT HAT VORFAHRT



Foto: Thomas Trutschel/photothek.net

Brenzlige Situationen und Unfälle im Straßenverkehr haben für Fahrradfahrerinnen und -fahrer meist schlimme Folgen. Oft werden sie beim Abbiegen übersehen. Um zum Beispiel Kreuzungen übersichtlicher zu machen, müssen dort weitreichendere Parkverbote gelten. LKW müssen grundsätzlich mit Abbiegeassistenten ausgestattet sein, denn der Zusammenstoß mit einem LKW endet meist tödlich.

Auch unachtsam geöffnete Autotüren können schwerste Unfälle auslösen. Deshalb muss die Straßenverkehrsordnung Fahrradfahrerinnen und -fahrern ausdrücklich erlauben, in der Mitte der Fahrradstreifen zu fahren, statt sich am rechten Rand, entlang parkender Autos halten zu müssen.

Überholmanöver sind eine weitere Gefahrenquelle. Wir wollen in der Straßenverkehrsordnung (StVO) verankern, dass PKW, LKW und Busse künftig den Fahrstreifen wechseln müssen, um Radfahrerinnen und -fahrer zu überholen, und einen Mindestabstand von 1,5 Metern einhalten.

Im Sinne der Verkehrssicherheit sollen Städte selbst entscheiden können, wo sie Tempo 30 einführen. Wer Verkehrsregeln nicht einhält und dadurch andere gefährdet, soll zukünftig deutlich höhere Bußgelder zahlen.

Radfahren



Wer mehr Radverkehr will, muss ihn nicht nur sicher, sondern auch attraktiver machen. Neue Verkehrsregeln und ein schnellerer Verkehrsfluss können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. So wollen wir beispielsweise Einbahnstraßen für den Radverkehr grundsätzlich öffnen.

ATTRAKTIVER MACHEN

Radfahrerinnen und -fahrer sollen außerdem an roten Ampeln rechts abbiegen dürfen, wenn sie besondere Rücksicht auf Fußgängerinnen und Fußgänger nehmen. Das Nebeneinanderfahren auf einem Fahrstreifen soll grundsätzlich erlaubt sein.

Um das Angebot an Fahrradabstellplätzen deutlich zu verbessern, braucht es Tausende Fahrradbügel und sichere Fahrradparkhäuser im ganzen Land. Vor allem Bahnhöfe als Mobilitätsdrehscheiben wollen wir damit ausstatten und dafür jährlich 200 Millionen Euro investieren.

Zum nachhaltigen Verkehrsmix der Zukunft gehört die bessere Verknüpfung von Rad und Bahn. Mit guten Radwegen, barrierefreien Zugängen und sicheren Abstellmöglichkeiten an Bahnhöfen wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, den Radius des öffentlichen Verkehrs zu vergrößern.

DIE ENTLASTEN:

E- UND LASTENFAHRRÄDER



Foto: Laif

Nicht nur das klassische Fahrrad hat Zukunft. Insbesondere auch der anhaltende Trend zu immer mehr Lasten- und Elektrofahrrädern wird den Verkehr stark verändern.

Elektrofahrräder eröffnen neue Horizonte, mit ihnen lassen sich bequem größere Distanzen zurücklegen. Zum Beispiel können Berufspendlerinnen und -pendler auf kürzeren Strecken ihr Auto durch ein Elektrofahrrad ersetzen. Für den Transport im Alltag sind Lastenfahrräder vorzüglich geeignet, zum Beispiel um mehrere Kinder zugleich zu befördern. Auch schwere und große Lasten wie Getränkekisten oder Möbelstücke lassen sich damit bewegen. Für die Logistik innerhalb der Stadt bieten besonders Lastenräder mit Elektroantrieb große Chancen. Sie sind

eine echte Alternative zu den vielen Kleintransportern, die unsere Innenstädte verstopfen. Mit ihnen können die zahlreichen Pakete des Versandhandels umweltverträglich zugestellt werden.

Wir Grüne im Bundestag wollen die Verlagerung von Transporten aufs Rad unterstützen und dazu ein Bundesprogramm starten, mit dem 250.000 gewerblich wie privat genutzte Lastenräder gefördert werden.

GRÜNE FORDERUNGEN AUF EINEN BLICK

- **Bis 2030 soll sich der Anteil des Radverkehrs verdoppeln**
- **Straßenverkehrsregeln für mehr Sicherheit:** eine fahrradfreundliche Straßenverkehrsordnung, weitere Parkverbote an Kreuzungen für bessere Sicht, verbindliche Abbiegeassistenzsysteme für LKW, sicheres Überholen durch Fahrstreifenwechsel mit 1,5 Metern Mindestabstand, deutlich höhere Bußgelder für gefährdendes Verhalten

- **Schneller und bequem mit dem Rad unterwegs:** Einbahnstraßen für den Radverkehr öffnen, Rechtsabbiegen an Ampeln und Nebeneinanderfahren ermöglichen
- **Mehr Freiheiten für fahrradfreundliche Städte:** Radwege, Fahrradstraßen und Fahrradviertel leichter bauen bzw. einführen; selbst entscheiden, wo Tempo 30 gelten soll
- **Investitionen fürs Rad:** über 400 Millionen Euro für Radwege, 150 Millionen Euro zur Förderung von Fuß- und Radverkehr in Städten und zum Umbau von Kreuzungen, 200 Millionen Euro für Fahrradparkhäuser, Bundesprogramm zur Förderung von 250.000 Lastenrädern



NOCH FRAGEN?

19/40

1. Auflage

ZUM WEITERLESEN:

- ——— Damit Bürgerschaftliches Engagement grünt und sprießt! (Fraktionsbeschluss 9.6.2015)
- ——— gruene-bundestag.de » Themen » Bürgerschaftliches Engagement

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 19/8980 Das Straßenverkehrsrecht reformieren – Straßenverkehrsordnung fahrrad- und fußverkehrsfreundlich anpassen (Antrag)
- 19/5893 Verkehrswende in Städten, mehr Raum für das Rad – Einführung von Fahrradstraßen erleichtern und Fahrradzonen etablieren (Antrag)
- 19/2984 Abbiegeunfälle verhindern – Radfahrer und Fußgänger besser schützen (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion
Stefan Gelbhaar MdB,
Sprecher für städtische Mobilität
und Radverkehr
Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie,
Landwirtschaft & Verkehr

TEL 030/227 56789
FAX 030/227 56552
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.